



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die neuen preußischen Wahlen.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

zung zu geben suchen. Anknüpfungspunkte sind schon in hinreichender Zahl vorhanden. Die Allianz mit Sardinien, die Bildung einer italienischen Legion, das Zerwürfniß mit Neapel, die immer mehr um sich greifenden kirchlichen Streitigkeiten u. s. w., das alles sind Elemente, die, wenn man den großen Vorsatz einmal gefaßt hat, wol benutzt werden können. So groß wie Klappa sie darzustellen sucht, ist die Gefahr keineswegs, aber sie ist vorhanden, und unsere Regierungen haben alle Ursache, auf ihrer Hut zu sein. Wenn es ihnen nicht gelingt, im Lauf des Winters Rußland zu einem Frieden zu bestimmen, wie ihn die Westmächte annehmen können, so werden sie im nächsten Jahr voraussichtlich doch in den Krieg verwickelt werden, und es wird zweckmäßiger für sie sein, wenn sie ihn so führen, um etwas daraus zu gewinnen, als bloß um größern Uebelständen zu entgehen. Sollte z. B. Dänemark früher sich entschließen, in die Allianz der Westmächte einzutreten, als Preußen, so wären wir um allen möglichen Gewinn des Krieges, und der Verlust einer der wichtigsten deutschen Provinzen, den wir noch immer als einen bloß provisorischen betrachten, könnte ein definitiver werden.

### Die neuen preußischen Wahlen.

Die Kammern und das Land. Von Dr. J. W. J. Braun, Professor an der Universität zu Bonn und Mitglied des Hauses der Abgeordneten für den fünften kölnischen Wahlbezirk. Elberfeld, N. L. Friderichs. —

Der Termin für die Wahlen ist jetzt festgestellt und je näher er bevorsteht, desto größer ist die Besorgniß, mit der wir ihm entgegensehen. Die Demokraten sind bis jetzt zu keinem Entschluß gekommen, sie haben bis jetzt ein ganz wunderbares Stillschweigen beobachtet, und wenn in diesen Tagen von dem einen oder dem andern ihrer Blätter wirklich ein Manifest erfolgen sollte, so zweifeln wir doch sehr daran, ob die Masse, die bisher zu ihrer Farbe hielt, so leicht ohne weiteres wird in Bewegung zu setzen sein. In einer Beziehung kann das als ein Vortheil erscheinen, denn es wird dadurch vermieden, daß die Liberalen in zwei getrennten und gerüsteten Parteien auf den Schauplatz treten. Die Opposition wird als ein Ganzes erscheinen, umsomehr, wenn unsere Freunde sich hüten, in ihrem Programm diejenigen Forderungen, an denen wir bisher vorzugsweise hingen, und die uns bisher zum Theil von den Demokraten trennten, zu einer ungünstigen Zeit hervorzuführen. Es gilt jetzt nicht, in Beziehung auf die große Politik die preussische Regierung in unsere Richtung zu drängen, da dies Vorhaben uns doch nicht gelingen würde, es gilt, wie wir bereits auseinandergesetzt haben, dem weitem Vordringen der

ritterschaftlichen Partei Widerstand zu leisten. Die Kreuzzeitung brachte darüber in der letzten Woche einige Bemerkungen, die nur zu gegründet waren. Sie sagte, daß ihre Partei sich nie damit begnüge, über einen errungenen Erfolg Freudenfeste anzustellen, Extrablätter der Freude zu schreiben u. c., sondern daß sie sich sofort überlege, was ist nun weiter zu thun? Diesen Ruhm müssen der Kreuzzeitungspartei auch ihre Feinde nachsagen. Worin ihre letzten Absichten bestehen, darüber läßt sie uns auch nicht im Zweifel, obgleich sie das nächste, was sie ins Werk zu richten gedenkt, noch geheim hält. Ihr laut ausgesprochener Zweck ist nämlich, den Bürgerstand, der nach ihrer Ansicht über das ihm zukommende Maß hinausgeschritten ist, wieder in seine alten Grenzen oder noch etwas weiter zurückzudrängen. Wir finden das Bestreben begreiflich, denn der Adelstand hat in den unruhigen Jahren manche unbillige Angriffe erfahren, aber um so wachsammer muß der Bürgerstand sein, um dessen Ehre und Interesse es sich jetzt handelt. Es wird keineswegs bei ideellen Vorzügen und bei Doctrinen stehen bleiben. Der Adel hat sich die übereilten Worte Hansemanns, man müsse der Reaction ins Fleisch schneiden, sehr wohl gemerkt und wird sich, sobald er nur irgend die Mittel dazu in Händen hat, beeilen, seinerseits der Revolution ins Fleisch zu schneiden. Der Adel weiß sehr gut, daß man, um sich auf der Höhe der Zeit zu erhalten, bürgerliche Mittel anwenden muß. Er rechnet grade so gut, wie der Bürgermann, er rechnet mitunter besser. Derjenige Theil des Bürgerstandes also, der so ganz in Materialismus versunken ist, daß kein ideelles Motiv ihn in Bewegung zu setzen vermag, möge sich sobald als möglich klar machen, ehe es zu spät wird, daß auf den ideellen Kampf der materielle folgen wird, daß, sobald erst die Verfassung nach Standesrücksichten eingerichtet sein wird, die Standesrücksichten auch auf den Staatshaushalt übergehen werden.

Die am Eingang erwähnte Broschüre sucht die Opposition auf die höhern Motive aufmerksam zu machen, um die es sich in dem gegenwärtigen Streit handelt. Wir wünschen ihr eine recht allgemeine Verbreitung.

Nachdem wir das Obenstehende geschrieben, finden wir in der neuesten Nummer der Nationalzeitung eine Erklärung, die als befriedigend angesehen werden kann. Zwar hat sie es nicht vermeiden können, auf die frühere Haltung der Partei den Wahlen gegenüber einen rechtfertigenden Rückblick zu werfen, allein da diese Bemerkungen in einem durchaus schicklichen Tone gehalten sind, so läßt sich von unsrer Seite nichts dagegen einwenden. Die Hauptsache ist, sie fordert ihre bisherigen politischen Freunde entschieden zur Betheiligung an den diesmaligen Wahlen auf. Wir wollen hoffen, daß sie in den nächsten Wochen noch häufiger und lebhafter darauf zurückkommen wird, denn die Masse, welche bisher in dem Wahn schwebte, durch Nichttheilnahme

an den Wahlen eine wichtige politische That zu thun, wird sich aus dem süßen Behagen dieses bequemen Martyriums schwerlich durch eine einfache Erklärung heraustreiben lassen; sie wird nicht bloß einer Erlaubniß bedürfen, sondern einer recht lebhaften Anregung.

Sehr richtig bemerkt die Nationalzeitung, daß man sich davor hüten müsse, den wahrscheinlichen Erfolg dieser Theilnahme zu überschätzen; damit der Erfolg aber nicht noch kleiner werde, als in der Natur der Sache liegt, scheint uns Folgendes Beherzigung zu verdienen.

Die Aufgabe der gegenwärtigen Kammer ist, wie wir gezeigt haben, eine durchaus conservative. Es handelt sich nicht darum, für die nationale Sache und für die Sache der Freiheit ein neues Terrain zu gewinnen, sondern nur den bisherigen Besitz zu behaupten. Unter diesen Umständen kommt es auf die sonstigen Doctrinen der Deputirten, auf ihre Vergangenheit und Zukunft nicht an; es kommt nur darauf an, unabhängige und charakterfeste Männer zu finden, die entschlossen sind, keinen Schritt weiter zurückzuweichen, gleichviel welcher Parteirichtung sie sich früher angeschlossen haben. Die beiden Hauptunterschiede zwischen der demokratischen Partei und der constitutionellen, wie sie sich historisch entwickelt hatten, waren einmal, daß die Demokraten die gegebene Verfassung nicht anerkennen wollten, sondern auf die Vereinbarungstheorie der sogenannten constituirenden Versammlung recurrirten. Dieser Unterschied hat aufgehört, sobald sie sich, wie es die Nationalzeitung ausdrücklich erklärt, ehrlich und offen an der gegebenen Verfassung theilnehmen. Der zweite Unterschied wird vielleicht in der Zukunft wieder Gelegenheit zu Zwistigkeiten geben, vorläufig hat er aber gar keine praktische Bedeutung. Wir vermuthen nämlich, daß die Demokraten noch an der Theorie des unbeschränkten Wahlrechts festhalten; allein in den nächsten drei Jahren wird es niemand einfallen, nach dieser Seite hin etwas durchsetzen zu wollen. In allen übrigen Punkten möchten dagegen die Gemäßigten der beiden Parteien einig sein, und die gegenseitige Unterstützung bei den Wahlen, die dringend erforderlich ist, wenn ein erwünschtes Resultat erzielt werden soll, begegnet also von dieser Seite keinen Schwierigkeiten.

Beim Schluß unsres Hefts geht uns eine Broschüre zu, die wir glauben als eine Art Wahlprogramm der liberalen Partei betrachten zu dürfen:

Die letzte Session der preussischen Kammern. Leipzig, S. Hirzel. —

Sie enthält eine klare und bündige Zusammenstellung der Tendenzen und Anträge, welche von den beiden Seiten der bisherigen Kammer ausgegangen sind. Sie weist nach, daß die sogenannte Rechte eine revolutionäre Partei ist, die nicht bloß bezweckt, die Resultate der Staatsgesetzgebung seit 1850 wieder

aufzuheben, sondern auch die ganze bürgerliche Gesetzgebung seit den Zeiten des großen Friedrich, also den eigentlichen Inhalt des altpreussischen Lebens, zu verkümmern. Sie zeigt, daß sie ihre royalistische Gesinnung nur als eine Fahne aufsteckt, um die unwissende Menge irre zu leiten, daß sie eigentlich darauf ausgeht, die höchsten Attribute der Krone zu schmälern und sie einseitig einem Stande zu übertragen. Sie zeigt, daß ihre Gesetzesvorschläge in Bezug auf Finanzen, Justiz, Administration u. s. w., wenn sie wirklich durchgeführt werden könnten, eine tiefe Kluft zwischen den verschiedenen Classen der Staatsbürger und eine allgemeine Unzufriedenheit zur Folge haben würden. Sie zeigt ferner, daß die sogenannte Opposition die wahrhaft conservative Partei ist, daß sie, wenn auch unter unerhörten Schwierigkeiten, alles darangesetzt hat, um die bisherige historische Entwicklung des preussischen Staats aufrechtzuhalten und zu fördern, daß alle realen Verbesserungen in der Gesetzgebung, daß alle ernsthafte und gerechte Kritik der Verwaltung lediglich von der linken Seite ausgeht. Sie stellt das nicht als eine Behauptung auf, welcher die feindliche Partei mit einer entgegengesetzten Versicherung begegnen könnte, sondern sie belegt es urkundlich mit Thatsachen und Documenten. An den einzelnen Gesetzesvorschlägen, sie mögen nun durchgegangen sein oder nicht, können die Wähler abmessen, welcher Seite sie ihr Vertrauen zu schenken haben.

Daß sie die auswärtige Angelegenheit nicht in den Kreis ihrer Betrachtungen zieht, stimmt, wie wir im Früheren auseinandergesetzt haben, ganz mit unsrer Ueberzeugung überein. Ebenso müssen wir es billigen, daß die confessionelle Frage in den Hintergrund gedrängt ist. Es kann wol eine Zeit kommen, in welcher wir dem Ultramontanismus ernsthaft werden entgentreten müssen; diese Zeit ist aber noch nicht gekommen. Wir beklagen es im Interesse der allgemeinen Entwicklung aufs höchste, daß innerhalb der preussischen Kammern sich eine Fraction gebildet hat, die eine rein confessionelle Färbung zur Schau trägt, die uns also mit einer Wiederaufnahme der alten religiösen Leidenschaft bedroht, welche wir seit fast zwei Jahrhunderten überwunden zu haben glaubten; aber diese Fraction, deren allgemeine Tendenz uns fremd oder gar feindlich ist, enthält doch in ihrer Zusammensetzung Elemente, die uns verwandter sind, als alles, was auf der rechten Seite sich vorfindet. Und vor allen Dingen: die nächsten Interessen jener Fraction, soweit wir sie für die nächsten Jahre übersehen können, gehen mit den unsrigen noch Hand in Hand. — Wenn es daher in den westlichen Provinzen gilt, sich bei der Wahl entweder für einen Candidaten der katholischen Fraction oder für einen Candidaten der rechten Seite zu entscheiden, so geben wir dem erstern unsere Stimme.

Und so können wir zum Schluß denn nur wünschen, daß diese Flugschrift die gehörige Beachtung finden und allen Wahlberechtigten den schweren Ernst

der Zeit und die Nothwendigkeit einer regen und eifrigen Theilnahme einschärfen möchte.

## Musikalischer Jahresbericht aus Berlin.

### 1.

Wenn ich zu Anfang meines Berichtes über das berliner Musikleben des verflossenen Jahres erwähne, daß im Laufe desselben in den Hauptzeitungen etwa dreihundert Concert- und Opernaufführungen ausführlich besprochen worden sind, so können Sie daraus ersehen, daß der Stoff, über den ich berichten will, kein geringer ist. Anders sah es vor hundert Jahren in Berlin aus. Aus jener Zeit hört man von nichts als von italienischen Opern zur Zeit des Carnevals, von Passionsaufführungen in verschiedenen Kirchen der Stadt und von wöchentlichen sogenannten Concerten d. h. Musikunterhaltungen eines Dilettantenvereins, die in einer bescheidenen Privatwohnung stattfanden und nur einer geringen Zahl von Gästen den Zutritt gestatteten. Die Musikgeschichte Berlins ist im Vergleich mit den meisten andern großen Städten Europas sehr jungen Datums; und heute sehen wir diese Stadt so ziemlich auf der Höhe des musikalischen Lebens der Zeit.

Freilich fällt es auf, wie spärlich unsre Quartettsoiréen besucht sind, wie selten es vorkommt, daß vorzügliche Concertleistungen in ähnlicher Weise wie die Opern eine Wiederholung erleben, wie ungenügend die männlichen Stimmen sowol im Solo- als Chorgesang in unsern Singvereinen vertreten sind. Indes für jemanden, der alles hören will oder muß, für die Recensenten, für die Musiker, die mit Freibillets gefüttert werden, für diejenigen, die keine ruhige Nacht haben, wenn sie nicht über alles mitsprechen können, bleibt eine Ueberfülle von öffentlicher Musik und es freut uns, hinzufügen zu können, daß der größere Theil davon wirklich hörenswerth war und daß namentlich der letzte Winter außer dem guten Alten auch eine hervortretende Fülle neuer Anregungen bot. Beginnen wir unsre Ueberschau mit denjenigen Aufführungen, die das Fundament alles gesunden Musiklebens bilden, mit den von unsern größern Gesangsvereinen ausgehenden Dratorienaufführungen. Für uns sind große Dratorienconcerte, namentlich diejenigen, die Händel und Haydn geschaffen haben, in ethischer Hinsicht etwas Aehnliches, als bei den Alten die Stücke, die in dorischer Tonart geschrieben waren; sie sind das wahre Bildungselement der Jugend, weil in ihnen die Anmuth und Lieblichkeit des Melodischen der Kraft nicht entbehrt, und wiederum, weil die Kraft nicht in rohen Formen, wie etwa in Schlachtgesängen, Märschen und dergl., sondern in kunstvoller, polyphoner Entwicklung auftritt. Das Erste und Wichtigste